

Kesb-Vorsteherin hat gekündigt

Kanton Sonja Rageth, Vorsteherin des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz Ausserschwyz sowie Vorsteherin der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (Kesb) Ausserschwyz, hat ihre Kündigung per Ende Juni 2021 eingereicht. Sie wird eine andere berufliche Herausforderung annehmen. Die Stelle wird zur Neubesetzung öffentlich ausgeschrieben.

Sonja Rageth ist seit Februar Vorsteherin des Amtes für Kindes- und Erwachsenenschutz Ausserschwyz sowie der Kesb Ausserschwyz. Der Regierungsrat dankt Sonja Rageth für ihre Arbeit und wünscht ihr viel Erfolg für die weitere berufliche Laufbahn. (pd)

Kantonsbeitrag für Phönix-Neubau

Einsiedeln Die Stiftung Phönix Schwyz will in Einsiedeln den Neubau eines Wohnheims realisieren. Mit dem Projekt sollen die bestehenden Altbauten in Einsiedeln ersetzt werden. Aktuell finden dort 20 Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung ein Zuhause. Das neue Wohnheim soll auf dem benachbarten Gotthardstallareal errichtet werden und künftig Wohnmöglichkeiten sowie Dienstleistungen zur Betreuung und Förderung von 30 Personen bieten. Gemäss Gesetz leistet der Kanton Baubeiträge an Wohnheimen für Menschen mit Behinderung. Der Regierungsrat beantragt dafür beim Kantonsrat eine Ausgabenbewilligung von 11,9 Mio. Franken.

Sicherung der Versorgung

In seinem Bericht an den Kantonsrat hält der Regierungsrat fest, dass eine Fortführung des Betriebs in den heute genutzten Gebäuden mittelfristig nicht mehr zu verantworten sei. Zur Sicherung der Versorgung brauche es eine Anschlusslösung. Mit dem geplanten Ersatzbau der Stiftung Phönix kann dem Bedarf an Wohnangeboten zur Integration von Menschen mit einer psychischen Beeinträchtigung nachgekommen werden. Die Anforderungen an eine moderne Einrichtung sieht der Regierungsrat erfüllt. Das Gebäude wurde unter dem Blickpunkt der Barrierefreiheit geplant und soll betrieblich, organisatorisch und auch atmosphärisch gut auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung zugeschnitten sein. Im Aussenraum beinhaltet das Bauprojekt einen für die Öffentlichkeit zugänglichen Grünbereich, der als Begegnungszone zwischen den Heimbewohnern und den Menschen aus dem Quartier dient.

Neben der Einhaltung von behindertenrechtlichen Standards und einer nachhaltigen Bauweise wurden auch den Kriterien einer kostenoptimierten Planung und effizienten Bauweise Rechnung getragen. (pd)

NACHRICHTEN

Werkhalle im Ried geplant

Muotathal Erich Fuchs will auf dem Land der Genossame Muotathal an der Industriestrasse 20, Ried-Muotathal, eine Lagerhalle erstellen. Die Fuchs Montage GmbH will eine Werkhalle mit Nebennutzungen errichten. Der Grundriss beträgt rund 400 Quadratmeter, insgesamt sind vier Geschosse geplant. (see)

Die Hopp-Schwyz-Kampagne belebt die Schwyzer Wirtschaft

39 Prozent geben an, dass sie ihr Konsumverhalten wegen der Hopp-Schwyz-Aktion geändert haben.

Jürg Auf der Maur

Eher weniger Konkurse, sicher mehr Neugründungen und eine Arbeitslosigkeit, die zwar höher ist als im November 2019, aber national immer noch zu den tiefsten Werten gehört. So lässt sich das «Update» zusammenfassen, welches das Schwyzer Volkswirtschaftsdepartement vorlegt. Dieses hatte als Folge einer Kleinen Anfrage von Kantonsrat Ivo Husi (FDP, Schwyz) der Frage nachzugehen, wie sich die Schwyzer Wirtschaft im Corona-Jahr entwickelt hat und was für die Zukunft in etwa zu erwarten ist.

Die Pandemie ging und geht an der Schwyzer Wirtschaft nicht vorbei. «Nach zahlreichen Lockerungen während der Sommermonate führten erneut steigende Infektionszahlen ab dem Herbst zu erneuten Einschränkungen des öffentlichen Lebens», hält Volkswirtschaftsdirektor Andreas Barraud fest. Selbst ohne Lockdown «haben die steigenden Ansteckungszahlen die Wirtschaft erneut gebremst», so Barraud weiter.

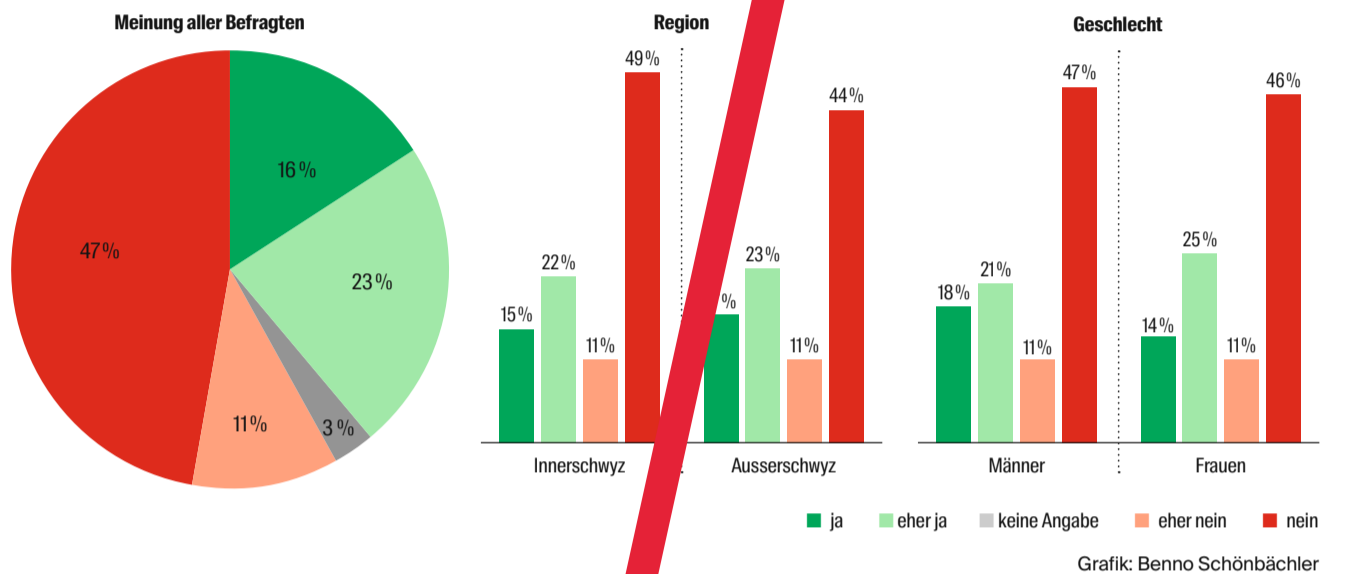
Dabei sind die Corona-Verluste in den Innerschwyzern Bezirken insgesamt etwas grösser ausgefallen als in Ausserschwyz (mit einem Verlust von -3,7 respektive -3,4 Prozent).

Kampagne zeigt Wirkung im Verhalten der Leute

Dass der Einbruch in der Schwyzer Wirtschaft nicht noch grösser wurde, dürfte auch das Resultat der 2,5 Millionen Franken teuren Hopp-Schwyz-Kampagne sein. Nicht weniger als 39 Prozent der vom «Boten der Urschweiz» befragten Personen beantworteten die Frage, ob «Hopp Schwyz» ihr Kauf- und Ferienverhalten beein-

Einfluss der Hopp-Schwyz-Kampagne auf das Kauf- und Ferienverhalten

Hat Sie die kantonale Hopp-Schwyz-Kampagne zur Unterstützung des Schwyzer Gewerbes und des Schweizer Tourismus in Ihrem Kauf- und Ferienverhalten beeinflusst?



flusst habe, mit Ja oder eher Ja. Die Mehrheit, 58 Prozent, will von einer Verhaltensänderung aber nichts wissen.

«Aus unserer Sicht ist das ein sehr gutes Resultat und hat unsere Erwartungen übertroffen», sagt denn auch Mathias Ulrich vom Amt für Wirtschaft. Man habe nicht erwartet, «dass wir alle beeinflussen und in ihrem Verhalten ändern können». Das Resultat zeige aber, dass die Aktion Wirkung hatte, zumal die Tourismusmassnahmen erst teilweise zum Tragen kommen konnten. Ein Teil der Kampagne wird nun wegen der zweiten Welle auf Frühling verschoben.

Die Aktion hatte zum Ziel, den Konsum im Kanton anzukurbeln. Transak-

tionszahlen von Kredit- und Debitkarten können dabei immerhin Hinweise auf das Konsumverhalten geben. Dieses lag in den Wochen 46 bis 49 um 22 Prozent über dem Volumen des Vorjahreszeitraums.

Allerdings wird seit der Pandemie viel häufiger mit Karten als mit Bargeld bezahlt. Dieser Effekt dürfte bis zu 20 Prozent ausmachen.

Hinweis Im Rahmen einer repräsentativen Umfrage wurden im Oktober/November von der Publicis TAG im Auftrag des «Boten der Urschweiz» und des «Mittelschweizer/Höfner Volksblatts» insgesamt 430 Personen im Kanton befragt.

So werden lokale Anbieter gestärkt

Kanton Die Regierung will, dass Schwyzer Produzenten und Produkte bei Vergaben bessere Chancen erhalten. Zwar gelte es, das Gesetz einzuhalten. Die Regierung ist aber aufgrund einer Motion von Bruno Hasler (CVP, Schübelbach) bereit, als Postulat eine Preisniveau-Klausel zu prüfen. Damit soll den unterschiedlichen Preisniveaus in den verschiedenen Ländern Rechnung getragen werden. So wären die Schwyzer Preise bei Vergaben nicht von Beginn an einfach im Hintertreffen. (adm)

Rasche Vernehmlassung löst «Befremden» aus

Dass die Schwyzer Regierung das Mittelschulgesetz unter Vollgas in die Vernehmlassung schickt, passt nicht allen.

«Befremdlich» empfindet René Baggenstos (FDP, Brunnen), Kantonsratspräsident, die Tatsache, wie rasch die Schwyzer Regierung die Teilrevision des Mittelschulgesetzes in die Vernehmlassung geschickt hat. Bereits im April soll der Kantonsrat das Geschäft behandeln. Grund für sein Unbehagen sind zwei angekündigte Initiativen zum Thema, bei denen er treibende Kraft ist. Eine Gesetzesanpassung ist notwendig, damit das Theresianum Ingenbohl und die Kantonsschule Kollegium Schwyz vereint werden können. «Mit dieser plötzlichen Vorwärtsstrategie will die Regierung die Initiativen aber aushebeln», vermutet René Baggenstos.

Die beiden Initiativen «Für eine dezentrale Mittelschullandschaft» und «Für eine faire Mittelschulfinanzierung» wollen einerseits eine dezentrale Standortdiskussion beleuchten. Andererseits geht es darum, die Finanzierung von staatlichen und privaten Mittelschulen gleichzustellen. Laut Baggenstos drücke die Regierung jetzt mit der Vernehmlassung aufs Gaspedal, um die Initiativen auszuhebeln.

Regierung hat Verständnis, aber triftige Gründe

Damit konfrontiert, zeigt sich Bildungsdirektor Michael Stähli irritiert: «Der

Vorwurf ist einerseits seltsam, weil das Projekt bereits seit zwei Jahren publik ist und mit den konkreten Richtungsentscheidungen und mit der Unterzeichnung der Absichtserklärung durch beide Schulträger in diesem Jahr die weiteren Umsetzungsschritte im Sinne der beiden Schulen immer klar kommuniziert wurden.» Er fügt an: «Andererseits ist die Unterstellung erstaunlich, weil mit der Eröffnung der Vernehmlassung

das ganz normale Gesetzgebungsverfahren eingeleitet wurde.» Grund für die rasche Vernehmlassung sei, dass, gestützt auf die Absichtserklärung, schnell Klarheit über das weitere Vorgehen geschaffen werden müsse, damit Unsicherheiten Beteiligten rasch behoben werden könnten. Die Gesetzesänderung falle zudem sehr gering aus. Und: «Bildungspolitisch ist der Erhalt von nicht ausgelas-

teten Schulen nicht zukunftsfähig.» Aus lokalpolitischer Sicht, so Stähli, verstehe er die Beweggründe der Initiativen aber.

«Hätten erwartet, dass Volkswille abgewartet wird» Baggenstos hätte es sich jedoch anders gewünscht: «Wir hätten erwartet, dass die Initiativen und der Volkswille abgewartet werden.» (anj)



Die Standortdiskussion rund ums Theresianum entbrennt mit den Initiativen erneut. Bild: Erhard Gick